

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Wertages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten drei Haus für die Woche vom 27. Jan. bis 2. Febr. 55 Pf. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Hohannisstraße 46.

Telefon { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 28.

Sonntag, 2. Februar 1924.

31. Jahrgang.

Wie wählen die Frauen? Wie sollen die Frauen wählen?

Dr. L. Lübeck, den 2. Februar.

In einigen sächsischen Städten ließ man männliche und weibliche Wähler getrennt abstimmen. Dabei ergaben sich höchst überraschende Resultate. Die Beteiligung der Frauen an der Wahl war prozentual nicht ganz so stark wie die der Männer. Trotzdem gaben sie infolge ihres zahlenmäßigen Übergewichts den Ausschlag. Nach welcher Seite gaben sie den Ausschlag?

Die Rechtsparteien — deutschnationale und Volkspartei — erhielten über fünfzig Prozent mehr Frauen- als Männerstimmen. Die Sozialdemokraten dagegen hatten einen erheblichen Ueberschuß an Männerstimmen.

Dieses Ergebnis ist umso eigenartiger, als gerade die Rechtsparteien es waren, die gegen die Gleichberechtigung der Frauen Sturm gelaufen sind und heute noch dagegen Sturm laufen. Die Sozialdemokratie mußte den Frauen politische Gleichberechtigung und Wahlrecht gegen den erbitterten Widerstand der Rechtsparteien erkämpfen. Und jetzt schlägt das Frauenwahlrecht in diesem gigantischen Maßstab gegen die Sozialdemokratie und für die Feinde des Frauenwahlrechts aus.

Wie ist diese eigenartige Erscheinung, die auch an vielen anderen Orten Deutschlands festgestellt wurde, zu erklären?

Die Frau wurde im allgemeinen erst nach der Revolution in den Kreis politischen Denkens hineingezogen. Die Frauenbewegung steht also noch in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung. Aus diesem Grunde sind die Frauenkreise, die bewußt und klar politisch denken, verhältnismäßig noch klein. Die übrigen Frauen sind noch rein gefühlsmäßig eingestellt. Sie unterliegen nur allzuleicht einem Kaffeekaffischlagwort; und sie sind rettungslos jener halbpolitischen Presse ausgeliefert, die mit Familienkaffisch, leichtem Romanen und mit einem unendlichen Sammelfarium aller möglichen Anzeigen politisch und geistig anbruchslos Menschen über die eigene Gedankenlosigkeit hinwegtröfelt.

In ihren Reihen wirken heute noch die alten Wahlwindel gegen die Sozialdemokratie; Teile von ihnen fallen heute noch auf den ungläublichen Kirlefang hinein, mit dem man vor Jahrzehnten die Sozialdemokratie bekämpfte hat.

Diese Kreise weiblicher Wähler werden also heute mit den Propagandamitteln bearbeitet, die in den siebziger Jahren bei den Arbeitern angewandt wurden.

Wie ist die Sozialdemokratie damals dieser Propaganda entgegengetreten? Durch Aufklärung der Arbeiter! Und ein anderes Mittel gibt es auch heute für die unpolitischen Frauen nicht. Politische Aufklärung! Und nochmals politische Aufklärung! Hier findet die Freiheitsbewegung der deutschen Frauen noch ein sehr weites dankbares Arbeitsfeld.

Ein anderes kommt hinzu. Die Mädchen, die als Hausangestellte und als Privatangestellte ihr Brot verdienen, erleiden in vielen Fällen bürgerlicher Beeinflussung, die in ihrer bürgerlichen Umgebung ihre Ursache hat. Der Einfluß des proletarischen

Elternhauses tritt dann vielfach zurück. Und diese weiblichen Angehörten verfallen dann zu leicht der allgemeinen Hege gegen die Sozialdemokratie und kehren ihrem eigenen Stand und ihren eigenen Interessen den Rücken.

Es sind das Tatsachen, die bedauerlich sein mögen; aber sie müssen ausgesprochen werden. Auch hier kann nur eins helfen: politische Aufklärung, Ausbau der Organisationen, nicht als Kaffeekaffischlag, sondern als Interessenvertretung gegen das Kapital.

In Städten, wo die Frauenbewegung schon Jahrzehnte alt ist, wie in Wien, da lieren die Verhältnisse gerade umgekehrt. In Wien stehen die weiblichen Angehörten und die Arbeiterfrauen seit einigen Jahrzehnten im politischen Kampf. Bei den letzten Gemeinderatswahlen ließ man die Geschlechter getrennt abstimmen. Und dort war es gerade die Sozialdemokratische Partei, die prozentual die meisten Frauenstimmen erhielt.

Wenn die Frau anfängt zu denken, so ist sie für die Sozialdemokratie gewonnen. Denn wäre es gerade für die Frauen ein edleres Ziel, für die Frauen aller Kreise, als für die Vinderung der Not der Bedrückten zu sorgen. Gähne es ein edleres Ziel als Seite an Seite mit der Sozialdemokratie für die Völkerverständigung zu wirken und dadurch die grauenvolle Menschenschächtere der Massenkrige zu verhindern?

In Wien, ebenso wie in England, waren es die Frauen, die eine wirkliche Volksregierung haben schaffen helfen. Wien ist seither ein Muster der Ordnung, der ruhigen Arbeit für jedermann. Und England wird unter Macdonalds Führung ohne Säbelkerze, das alte Ahtehen wieder erreichen; wird schließlich das Banner der Völkerverständigung und Menschlichkeit für alle Welt sichtbar aufpflanzen.

Die deutschen Frauen stehen in ihrer Mehrheit heute noch auf der anderen Seite. Sie sind bis heute durch Schaden vielfach noch nicht klug genug geworden. Die kommenden schweren Jahre werden auch die Frauen zum politischen Nachdenken zwingen. Und dann wird ihre Entwicklung die gleichen Bahnen einschlagen wie in Oesterreich und wie in England.

Und dann werden auch in Deutschland ruhigere und bessere Zeiten kommen. Dann wird auch Deutschland aus dem beständigen Kampfe der wirtschaftlichen Erschütterung sich erheben können. Dann wird die Arbeiterkraft, im Verein mit der großen Mehrzahl der Frauen, die Regierungsgewalt in einem demokratischen Deutschland demokratisch ausüben.

Deshalb immer und immer wieder: die politische Aufklärung der Frau ist im Interesse der Geliebten Deutschlands und im Interesse der Befreiung des unsinnigen Völkerverhaßes das Gebot der Stunde!

Mütter ahnt es in England, in Frankreich, in Rußland und überall. Ueberall haben sie die gleichen Sorgen, die gleichen Schmerzen. Alle lieben ihre Kinder aus gleichem Herzen. Sollten nicht diese Mütter sich verständigen können?

Um den Ausnahmezustand.

Die Haltung der Demokraten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat wiederholt mit aller Schärfe von der Reichsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangt. Die Ministerpräsidenten aller Länder unterstützen diese Forderung. In Preußen, in Sachsen, in Hamburg haben die Parlamente Beschlüsse für die Aufhebung des Ausnahmezustandes gefaßt. Eine Berliner Mittagszeitung verbreitet nun die Nachricht, daß der Ausnahmezustand spätestens am 15. Februar aufgehoben werden solle, weil andernfalls die Regierung in die Lage käme, sich einem Beschlusse des Reichstages gegenüber zu lehnen, der die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangen würde.

Diese Nachricht wird von der bürgerlichen Presse bestritten. Dabei kommt zum Ausdruck, daß selbst demokratische Zeitungen für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes eintreten. Wir lesen im „Hamburger Fremdenblatt“:

„Wenn es auch richtig ist, daß nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern auch Teile der Demokraten und des Zentrums grundsätzlich eine Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes als wünschenswert bezeichnen, so ist natürlich keineswegs die Rede davon, daß sich eine geschlossene Mehrheit des Reichstages dafür aussprechen würde. Gerade die Erörterungen im Parteiauschuß der demokratischen Partei und des Zentrums haben gezeigt, daß nicht einmal bei den Demokraten, geschweige denn beim Zentrum, innerhalb der Partei eine Mehrheit vorhanden ist, die sich den gewichtigen innen- und außenpolitischen Gründen verschließt, die gerade jetzt die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in gewissen Grenzen rechtfertigt.“

An diese Ausführungen wird die Versicherung geknüpft, daß der Ausnahmezustand kurz vor den Reichstagswahlen aufgehoben werden soll. Das heißt also, daß der Ausnahmezustand noch ein Vierteljahr bestehen bleiben soll. Die Demokraten haben in Preußen und Hamburg für die Aufhebung des Ausnahmezustandes gestimmt. Gibt tatsächlich das „Hamburger Fremdenblatt“ die Absicht richtig wieder, so waren diese Abstimmungen nur leere Demonstrationen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Reichstag die Aufhebung des Ausnahmezustandes beantragen und mit größter Entschiedenheit dafür kämpfen. Dann muß die Regierung, dann müssen auch die Demokraten praktisch Farbe bekennen!

Die Bundesgenossen der Reaktion.

Kommunistische Sprengung einer Protestversammlung.

SPD. Der Sozialdemokratische Bezirksverband Groß-Berlin hatte für Freitagabend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Crispian über die Militärdiktatur und die Schuhhäftlinge in Sachsen und Thüringen sprechen sollte. Die Versammlung war überfüllt. Es zeigte sich sofort, daß eine zwar nicht sehr große, aber um so rabaulustigere Minderheit anwesend war. Kaum hatte Crispian zu sprechen begonnen, als die Kommunisten — denn als solche erwiesen sich die Kadaverbrüder — für den Referenten begrenzte Redezeit, für sich selbst aber unbegrenzte Diskussionsfreiheit verlangten. Der Vorsitzende Genosse Biedt lehnte die Begrenzung der Redezeit des Referenten ab, sagte aber volle Diskussionsfreiheit zu. Darauf lehten die Kommunisten mit dem vorbereiteten Kadaver ein, der offenbar den Anfang des von Moskau beschlossenen neuen Kommunistenturmes in Deutschland bedeuten sollte. Nachdem der Kadaver, der dem Genossen Crispian das Reden unmöglich machte, eine halbe Stunde gedauert hatte und die Krawallmacher keine Anzeichen trafen, die Protestrede gegen die Militärdiktatur halten zu lassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Darauf türmten eine Anzahl Kommunisten auf die Bühne, schlugen mit Stühlen auf andere Genossen ein und wollten eine eigene Versammlung eröffnen. Das gelang ihnen nicht! Schließlich räumte die vom Wirt herbeigerufene Polizei den Saal.

Anzeigengebühr für die achtaebattene Bettzelle oder deren Raum 20 Goldpfennige. Anzeigengebühr für die achtaebattene Bettzelle oder deren Raum 20 Goldpfennige. Anzeigengebühr für die achtaebattene Bettzelle oder deren Raum 20 Goldpfennige. Anzeigengebühr für die achtaebattene Bettzelle oder deren Raum 20 Goldpfennige.

Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige.

Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Hohannisstraße 46.

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Verwirrene Steuergesetzgebung.

Die dritte Steuernotverordnung.

Endlich ist die dritte Steuernotverordnung im Entwurf fertig geworden. Sie wird dadurch charakterisiert, daß die Regierung hofft, bis zum 1. Februar, dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, ihr Gesetzeskraft verleihen zu können. Das Reichskabinett verucht mit der dritten Steuernotverordnung „Leben auf einen Streich“ zu treffen, wobei sie merkwürdigerweise selbst weiß, daß die verschiedenen Wünsche, die sie auf einmal erledigen will, nicht zu einander gehören. So ist der Entwurf eine Sammlung von Konzessionen und Kompromissen, aus der — wie Bettlaugen auf einer Wassertuppe — einige Ausflüchte auf Steuereinnahmen herauszusehen.

Betrachten wir zuerst den Teil der verworrenen Verordnung, der die Masse des Volkes am meisten interessiert: die Aufwertung. Hier wird das Komplizierteste der ganzen Frage mit einem Federstrich ausgeschaltet. Die Verordnung bestimmt nämlich, daß die Aufwertung nur in Betracht komme für Schulden, die bis zum Ende Dezember 1923 nicht getilgt worden sind. Das weniger Komplizierte, die Aufwertung der jetzt noch bestehenden Schulden, kann erfolgen bis Ende Dezember 1924 durch eine freiwillige Vereinbarung, oder durch die Entscheidung einer zu schaffenden mit vereinfachtem Verfahren ausgestatteten Aufwertungsstelle.

Der Grundgedanke der Aufwertung, den das Reichsgericht dahingehend aufgestellt hat, daß „nach Treu und Glauben“ aufgewertet werde, wird auf die Art vergegenständlicht, daß eine Aufwertung auf 10 v. H. zugelassen wird. Diese Bestimmungen treffen zwar die noch bestehenden Hypotheken.

Pfandbriefe werden nur aufgewertet, wenn der Gläubiger nachweist, daß er sie seit dem Januar 1919 im Besitz oder auf Grund gesetzlichen Zwanges zur mündelsicheren Anlage erworben hat.

Mit den eben umrissenen Bestimmungen ist erwieien, daß der zehnprozentigen Aufwertung nur eine kleine bevorzugte Schicht teilhaftig wird. Das sind im besonderen diejenigen, die in den Jahren der zunehmenden Inflation es nicht nötig hatten, für früher hingebene Geldmark sich Papiermark auszahlen zu lassen.

Die große Masse, die durch Besitz von kleinen Sparkassenguthaben an der Aufwertung interessiert ist, wird durch ein hüftliches Kompliment der Reichsregierung genarrt. Soweit nämlich die Sparkassen noch Hypotheken, Pfandbriefe usw. besitzen und sich aus deren Aufwertung ein Vermögenszuwachs ergibt, haben — die Länder Vorzüge zu treffen, daß diese Einnahme durch Uebertragung auf eine Stiftung oder in anderer Weise möglichst denjenigen Bevölkerungsteilen erhalten bleibt, deren die Gläubiger der Sparkassen vorwiegend angehören. Es ist sicher zu begrüßen, daß öffentliche gemeinnützige Stellen durch die dritte Steuernotverordnung die Hoffnung erweckt sehen, in Zukunft vielleicht einmal aus dem aufgewerteten Vermögen der Sparkassen Zuwendungen zu erhalten. Die Gläubiger der Sparkassen, die Gold hingegeben haben und jetzt als Entschädigung dafür die Aussicht gewinnen, aus einer mildtätigen Stiftung etwa einmal eine Unterstützung zu erhalten, haben sich die Aufwertung wohl etwas anders vorgestellt. Das gleiche gilt für die große Masse der Hypothekengläubiger, die nach dem Willen der dritten Steuernotverordnung von der zehnprozentigen Aufwertung ausgeschlossen werden.

Nach schlimmer sieht es mit der Behandlung der öffentlichen Anleihen aus, zu denen ja im besonderen die Kriegsanleihe gehört. Sie sind nicht nur von einer Aufwertung ausgeschlossen, sondern es ruht auch der Zinsen- und Tilgungsdienst bis zur Erledigung des Vertrages von Versailles! Alle diejenigen Besitzer von Kriegsanleihe, die damit Steuern gezahlt haben — sie wurden bekanntlich bevorzugt — und jene, die dem Reiche gegen Hingabe von Kriegsanleihe Heeresgut, reelle Ware zu billigstem Preis, abgenommen haben, die lassen sich heute eins ins Fäustchen. Der dünne Bruder Soldat, die aus tiefem Gefühl fürs Vaterland opfernde Witwe, alle jene, die ihre letzten Reserven für die Not in Kriegsanleihe, in Papieren des Reiches anlegten, sie bleiben die Geschädigten.

Die wenigen Glücklichen und, was wohl ruhiger ist, die Schlägen, die in der Aufwertungslotterie, die von der Reichsregierung veranstaltet wird, einen Gewinn greifen, können aber die Zahlung der aufgewerteten Kapitalbeträge in keinem Falle vor dem 1. Januar 1925 verlangen. Bis 1924 wird ihnen ihr Anspruch überhaupt nicht verzinst, dann steigt der Zinsfuß von Jahr zu Jahr um 1 Prozent. Ab 1929 wird der aufgewertete Kapitalanspruch mit 5 Prozent verzinst.

Beachtlich ist, daß die Reichsregierung die schwierigen Passagen der von ihr mit dem Worte „Aufwertung“ bezeichneten Manipulationen — den Ländern überläßt. Sie hat dafür das Wort „Finanzausgleich“ gefunden. Wobei zu bemerken ist, daß der Wert dieses Finanzausgleichs darin liegt, daß das Reich keine Zuschüsse an die Länder und Gemeinden so tauf abhaut, daß es ab 1 April d. J. keinen Pfennig mehr leistet. Dafür bekommen die Länder das Recht einmal, den Geldentwertungsausgleich bei unbedauten landwirtschaftlichen Grundstücken, die mit Hypotheken belastet sind, steuerlich zu erfassen. Ferner sind die Länder und Gemeinden berechtigt, von dem unbedauten Grundbesitz vom 1. Januar 1924 ab eine Steuer zu erheben. Das heißt mit anderen Worten, daß die Gemeinden und Länder auf eine Gebäudesteuer verwiesen werden, die der Mieter zu tragen haben wird. Die Länder werden deswegen auch ermächtigt, abweichend von den

Wollt Ihr die Diktatur der Herren vom Großkapital?

Nein! Wir wählen für das Volk: Liste Gustav Ehlers!

Vorschriften des Reichsmietengesetzes Bestimmungen über den Mietzins zu erlassen. Damit nicht doch der Hausbesitzer trotz aufgewerteter Miete möglicherweise etwas von der Gebäudemiete zahlt, ist bestimmt, daß dem Eigentümer von der Miete mindestens die Beträge verbleiben müssen, die zur Verzinsung des angelegten Kapitals und zur Deckung der vorkriegsmäßigen Ausgaben erforderlich sind.

Die dritte Steuernotverordnung enthält auch eine ganze Anzahl Wechsel auf die Zukunft. So wird z. B. ganz nebenher betont, daß die Besteuerung der ländlichen Grundstücke, soweit Aufwertungs- und Entwertungsgewinn in Betracht kommen, durch ein Reichsgesetz geregelt werden soll! Bis zur übernächsten Ernte hat das Hypothekenproblem, soweit es die Landwirtschaft betrifft, zu ruhen.

Die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten (die Geschäfte auf dem Rücken der Reichsbank), der Gewinne aus der Ausgabe von Notgeld, aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden sowie schließlich des Geldentwertungsgewinns der Eigentümer bei befristeter unbekannter Grundbesitz — wird vorbereitet. Aber der Reichsfinanzminister kann für die Geldentwertungsgewinne aus Anleiheaufnahme von Krediten sowie aus Termingeschäften eine Steuer festlegen. Damit durch diese Kammerkassier die Beteiligten nicht allzu sehr erschreckt werden, ist schon jetzt festgelegt, daß jene höchstens einmal zu beschließende Steuer 20 Prozent des Erwertungsgewinns nicht übersteigen darf.

Schuldverschreibungen und Obligationen werden besteuert. Das trifft zuerst die Aktiengesellschaften. Die Ausgeber von Schuldverschreibungen und Obligationen haben, wenn sie die Gelegenheit, mit Papiergeld Goldschulden loszuwerden, bisher noch nicht benutzt haben — ganze 2 Prozent Steuern zu zahlen. Wenn sie aber in Flug gewesen sind und Gold für Papier genommen haben, dann müssen sie bis zum 1. April 1927 in sechs Raten 12 Prozent Steuern zahlen. Im besonderen mit dem Ertrag aus dieser Steuer soll das bisher noch vorhandene Defizit im Reichschat gebedt werden.

Der Gesamtüberblick ergibt, daß die dritte Steuernotverordnung, soweit sie die Aufwertung betrifft, eine allgemeine Entlastung ergeben muß, wobei die Frage offen bleibt, ob nicht die Aufwertung, so wie sie das Reichskabinett versteht, letzten Endes sich bei den Wahlen als Leistung erweisen wird. Der Finanzvergleich mit den Ländern ist durch die Steuernotverordnung zwar in ein kompliziertes und unübersichtliches Gewebe gehüllt, er läßt aber endgültig die Reichseinheit der Finanzen ab. Und die Steuern, die in der Verordnung festgelegt sind? Sie wären auf einfachstem Wege besser, umfassender und rascher zu erheben.

Für die Massen des Volkes ist die neue Steuernotverordnung die Zusammenfassung einiger Normenänderungen mit einer Fülle von Unzulänglichkeiten. Wir sind der Überzeugung, daß spätere Zeiten die dritte Steuernotverordnung als eine Leistung halben Willens, halber Absichten und halber Kraft kennzeichnen werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß heute über sie schon das letzte Wort gesprochen wäre.

Die Antwort Poincares.

London, 1. Februar. (Eig. Drahtber.)

Der französische Botschafter hat dem englischen Ministerpräsidenten am Freitag die Antwort Poincares überreicht. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist sich Ramsay MacDonald noch nicht endgültig schlüssig geworden, ob er den Briefwechsel mit seinem französischen Kollegen jetzt veröffentlichen soll oder nicht. Poincare kommt in seiner Antwort, obwohl diese in den freundschaftlichsten Formeln abgefaßt ist, den Wünschen und Absichten Macdonalds nicht einmal auf halbem Wege entgegen. Die Antwort Poincares wird von einer bekannteren politischen Persönlichkeit, die ihren Namen nicht genannt sehen möchte und sorgfältig den Inhalt der Poincareschen Antwort genau zu kennen, als eine klare Feststellung Frankreichs gekennzeichnet, daß es keineswegs beabsichtigt, irgend etwas, was es jetzt bereits fest in der Hand halte, ohne eine produktive Entschädigung aus den Händen zu geben.

Poincare rettet die Reparationsbetrüger.

Paris, 1. Februar. Auch heute verhandelte die Kammer über den Gegenstand betr. die Revision der Wieder- aufbauentschädigungen. Nachdem gestern Art. 3 angenommen war, der eine Revision sämtlicher Entschädigungen von 1 Million Francs aufwärts vorsieht, soweit sie nicht dem Schlichtungsausschuß vorgelegen haben, wird heute eine Bestimmung angenommen, wonach die mit der Revision betrauten Schlichtungsausschüsse binnen einem Jahre ihre Entscheidung treffen und nur den höchsten Entschädigungsberägen den Antrag machen müssen. Im weiteren Verlaufe der Debatte lehnte die Kammer, nachdem der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 346:207 Stimmen einen Zusatzantrag des ehemaligen Ministers Aloy ab, durch den eine allgemeine Nachprüfung aller Kriegskriegsverfahren verlangt wird.

Die Stellung Italiens.

Rom, 1. Februar.

„Giornale d'Italia“ hielt bereits den Augenblick einer allgemeinen europäischen Revision für nahe bevorstehend, darunter das im allgemeinen französisch-englische Blatt einen englischen Schuldenschnitt in Verbindung mit einer Milderung der Reparationsfrage vertritt. Der Briefwechsel Macdonald-Poincare sei einem ritterlichen Geiste vergleichbar, den zwei Duellanten miteinander auszuweichen, bevor sie die Degen miteinander krängen. Zum ersten Male seit langen Jahren der Ungewißheit und des Schwankens habe die englische Politik der französischen Politik eine bestimmte eigene Linie entgegen. England wolle einen klaren Standpunkt in die Angelegenheit gewinnen. Nur dann werde es über eine etwaige Revision der alliierten Schulden mit sich reden lassen. Italien, das ein Element des Gleichgewichts bildet

und die Gefahr der französischen Gewaltpolitik gegenüber Deutschland erkenne, habe alles Interesse an einer gleichzeitigen Behandlung der Schuldfrage und der Reparationsfrage. Aber es werde großer Loyalität und erheblichen Mutes, verbunden mit verständlichem Geiste, bedürfen, wenn der englische Versuch einer allgemeinen europäischen Lösung nicht scheitern und die komplizierten Probleme nicht noch mehr verschärfen sollen.

Rheinlandskommission und Pfalzfrage.

London, 1. Februar. (Eig. Drahtber.) Nach einer offiziellen Meldung aus Koblenz verlautet hier, daß die Rheinlandkommission in der am 31. Januar stattgefundenen Sitzung beschlossen hat, die Frage der Verordnungen der sogenannten autonomen Pfalzregierung auf bestimmte Zeit zu verlagern. Tatsächlich befindet sich die separatistische Regierung in der Pfalz ebenso wie ihre Vorgänger im anderen Teil des Rheinlandes jetzt im Stadium des Zusammenbruchs. Es besteht weiter die Ansicht, daß die Wiederkehr von normalen Zuständen in der Pfalz am besten beschleunigt werden könne durch die Wiedereinsetzung der eigentlichen Verwaltung und der lokalen Behörden in ihre Machtbefugnisse.

Anerkennung der Sowjetregierung.

Die Bedingungen Englands.

London, 1. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die britische Regierung hat die russische Sowjetregierung formell anerkannt. Der Vertreter Großbritanniens in Moskau hat dies der russischen Regierung am Freitag mit einer Note mitgeteilt, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich habe die Ehre, auf Anweisung meiner Regierung Eure Excellenz davon zu unterrichten, daß die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken von ihr als der rechtmäßige Herrscher über diejenigen Territorien des ehemaligen russischen Kaiserreiches förmlich anerkannt wird, die selbst diese Autorität tatsächlich anerkennen. Um jedoch normale Verhältnisse vollständig freundschaftlicher Beziehungen und vollen wirtschaftlichen Verkehr zu schaffen, wird es notwendig sein, endgültig praktische Abkommen über verschiedene Punkte abzuschließen, von denen einige in keinem direkten Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung stehen, andere dagegen auf das engste mit der Aufgabe der Anerkennung verknüpft sind. Zu dieser letzten Kategorie gehört u. a. die Frage der bestehenden Verträge. Die Regierung Seiner Majestät ist der Auffassung, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung automatisch — entsprechend den anerkannten Reden des Völkerrechts — alle Verträge wieder in Kraft setzen wird, die zwischen den beiden Ländern vor der russischen Revolution abgeschlossen wurden, mit Ausnahme derer, die geändert wurden oder die auf andere Art ihrer Rechtskraft verloren haben. Es liegt offensichtlich im Interesse beider Länder, daß die Lage hinsichtlich dieser Verträge gleichzeitig mit der Anerkennung geregelt wird. Technisch ohne Zusammenhang mit der Anerkennung, jedoch offensichtlich von der größten Wichtigkeit ist die Regelung der bestehenden Forderungen der Regierungen bzw. ihrer Staatsangehörigen eines Landes gegen die des anderen sowie die Wiederherstellung des russischen Kredits. Es ist des weitern offensichtlich, daß man nicht wird sagen können, die Beziehungen seien aufrichtig freundschaftlich hergestellt, solange wie die eine Partei Gründe hat, die andere zu verdächtigen, daß sie Propaganda gegen die eigenen Interessen betreibt, und zwar eine Propaganda, die den Umständen ihrer Einrichtungen befreit.“

Unter diesen Umständen ersucht die Regierung Seiner Majestät die russische Regierung, zu möglichst frühestem Termin Vertreter nach London zu senden, die mit uneingeschränkter Vollmacht versehen sind, um diese Fragen zu besprechen und die vorläufigen Grundlagen eines vollständigen Vertrages zu entwerfen, um alle zwischen den beiden Ländern noch schwebende Fragen zu regeln. Zu gleicher Zeit bin ich bis zur Ernennung eines Botschafters zum Rang eines Geschäftsträgers ernannt worden und beauftragt, zu erklären, daß die Regierung Seiner Majestät sich freuen wird, gleichfalls einen russischen Geschäftsträger als Vertreter der Sowjetunion am Hofe von Saint James zu empfangen.“

Ein gemäßigter Sowjetgeneral.

„Dietrich“ meldet aus Moskau: Antonow-Owsejenski, einer der höchsten Befehlshaber der Roten Armee, der auch im Revolutionskriegsrat einen bedeutenden Posten einnimmt, ist wegen seiner oppositionellen Stellungnahme während der bekannten Diskussion innerhalb der russischen kommunistischen Partei scharf gemäßigter worden, indem er von seinem Posten als Leiter der politischen Schulung der Roten Armee entlassen worden ist. Diese Absetzung erfolgte auf Beschluß des Plenums des Zentralkomitees, mit der Begründung, daß Antonow-Owsejenski den kommunistischen Parteizellen der Roten Armee ein Rundschreiben über die so viel besprochene Demokratisierung der Partei gegen den Willen des Zentralkomitees zugesandt und außerdem an das Zentralkomitee einen in Form und Inhalt gleich unzulässigen Brief gerichtet habe mit der Drohung, „die aus Rand und Band geratenen Parteiführer zur Ordnung zu bringen“. Ein solcher Parteigenosse sei als Leiter der politischen Erziehung der Roten Armee unmöglich.

Die Arbeit der Sachverständigen.

SPD. Der Sachverständigenausschuß für die Kapitalflucht trat am Freitag nachmittag um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die sich insbesondere über die Handelsstatistik in den Nachkriegsjahren bis 1923 bezog. Von deutscher Seite war der Vorsitzende der Kriegskassen-

kommission, Staatssekretär Fischer und der kommissarische Leiter des Statistischen Reichsamtes Prof. Waagemann, Staatssekretär Trendlerburg vom Reichswirtschaftsministerium und der Ministerialdirektor vom Statistischen Reichsamte Sutar geladen. Den Herren wurden verschiedene Fragen gestellt, auf die sie ausführlich antworteten.

Der erste Ausschuh der Sachverständigen prüfte am Freitag nachmittag den Inhalt der von der Reichsregierung übergebenen Denkschrift.

Nach den aus Berlin in Paris vorliegenden Meldungen ist man in den Kreisen der Sachverständigenausschüsse außerordentlich befriedigt von der Aufnahme in Berlin und von der loyalen Unterstützung, die die Sachverständigen sowohl von der deutschen Regierung selbst wie aus den Kreisen der Privatwirtschaft erfahren haben. Bisher seien alle Arbeiten der Ausschüsse in der entgegenkommensten Weise erleichtert und gefördert worden.

Der Urlaub der Beamten.

Die Nachricht, daß eine Kürzung des Erholungsurlaubs der Beamten beabsichtigt sei, hat die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beschlossen, sofort Schritte beim Reichskanzler und Reichsminister des Innern zu unternehmen, um die in völliger Verkennung der Lage der Beamtenschaft beabsichtigte Maßregel zu verhindern.

Der Beamtenabbau im Sparauschuß.

SPD. Der Sparauschuß des Reichstages nahm am Donnerstag einstimmig eine Entschließung an, die betont, daß der Beamtenabbau im Reich auf die Dauer undurchführbar sei, wenn er nicht auch in Preußen und den übrigen Ländern sowie in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Verbindung mit den üblichen Sparmaßnahmen so rasch wie möglich durchgeführt werde. Schon jetzt aber hält es die Mehrheit des Sparauschusses für notwendig, die den Ländern zustehenden Besoldungszuschüsse des Reiches entsprechend dem Abbau im Reich zu kürzen. U. a. wurde auch über den Neinstückentwurf der Reichsbeamten geboten. Von den Mitgliefern der Sozialdemokratie wurde zu dieser Frage eine Entschließung eingebracht, die eine Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen des Reichskabinetts fordert, nachdem in den Ländern doch der alte Zustand fortbesteht. Dieser Antrag wurde vorläufig zurückgestellt. Er soll am 12. Februar beraten werden.

Ablenkungsversuche.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes hält es an der Zeit, nach dem Grundlag altpreussischer Strategie zu verfahren: der Angriff ist die beste Verteidigung. Allmählich werden überall Korruptionsskandale bekannt, die sich das deutsche Unternehmertum in der Zeit des Einseitigen Abwehrkampfes zuzuschreiben kommen ließ. Was macht in solchem das führende Unternehmertum, die „D.A.Z.“? Sie eröffnet einen Angriff auf die Gewerkschaften und wirt die schlimmste Korruption durch gezielte Verwendung von Reichsmitteln vor. Was meint sie damit? Ihre Einwirkung richtet sich dagegen, daß die Gewerkschaften unter dem katastrophalen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft im Oktober und November des letzten Jahres nicht vollkommen zusammenbrechen, wie das Unternehmertum es gerne gesehen hätte. Von der damaligen Krise, die ihren Ausdruck in zwei Millionen Erwerbslosen und 1,8 Millionen Kurzarbeitern im unbesetzten Deutschland fand, wurden nicht nur die einzelnen Betriebe, sondern auch die Gewerkschaften stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Währungsverfall traf die Gewerkschaften umso mehr, als sie nicht, wie die Wirtschaft, ihre Geldbestände in Devisen anlegen oder ins Ausland verschieben konnten, sondern von der vollen Schwere der Geldentwertung getroffen wurden. Die Folge war, daß auch die Gewerkschaften starke Einschränkungen in ihrer Verwaltung vornehmen mußten, daß zahlreiche Personal entlassen und darüber hinaus Kurzarbeit eingeführt werden mußte. In manchen Fällen haben die Kurzarbeiter der Gewerkschaften, die teilweise 2-3 Tage in der Woche noch arbeiteten, nach wochenlangem Kurzarbeit die staatliche Unterstützung in Anspruch genommen, wie sie fast jeder andere der fast zwei Millionen Kurzarbeiter erhielt. Das war ihr gutes Recht. Für das Unternehmertum, die „D.A.Z.“ und die deutsche nationale Presse, ist es allerdings „Korruption“, denn sie konstituiert als Voraussetzung für den Bezug von Kurzarbeiterunterstützungen eine Verkürzung der Arbeitszeit infolge Rückganges der Konjunktur. Auf solche Weise glaubt sie die Unmerkbarkeit von den Machenschaften des Unternehmertums abzulenken und der Deffektivität der Gewerkschaften als Prügelknaben hinzustellen.

Wiesbaden wurde von den Separatisten geräumt. Die Beamten werden den Betrieb wieder aufnehmen.

Der irische Präsident Wilson ist an einem Magenleiden ernstlich erkrankt. Die Ärzte sind ständig um ihn und hegen ernste Befürchtungen.

England und Indien. Der Vikarönig von Indien, Lord Reading, hat bei Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung in Delhi in einer Ansprache hervorgehoben, daß jetzt in England eine Regierung zur Macht gelangt sei, die in warmerherziger Freundschaft bereit sei, eine weitgehende Reform für Indien zu gewähren; die neuen Minister würden Schritt für Schritt die indische Selbstverwaltung aufbauen. Er warnte die Radikalen, durch Sabotage der Provinzialparlamente und durch Obstruktion der gesetzgebenden Versammlung diese Gelegenheit, zur Selbstverwaltung zu gelangen, leichtfertig zu verschätzen. Keinerlei Sabotage oder Erregung werde die neue Regierung einschüchtern und veranlassen können, Indien mit einem Schlag die selbständige Verwaltung eines Commonwealth zu verleihen.

Stimmessmethoden in Holland.

Amsterdam, 30. Januar.

Der allgemeinen Not, die gegenwärtig die europäischen Länder heimlich, ist gegenwärtig auch Holland in hohem Grade betroffen. Während noch im vorigen Sommer die Heimat des Gulbins das Dorado vieler Tausender deutscher Arbeiter und Dienstmädchen war, hat jetzt bereits eine entschiedene rückläufige Bewegung eingesetzt. Die schon länger zu verzeichnende Arbeitslosigkeit hat sogar zur Folge, daß die Behörden ganz programmatisch dazu übergehen, die noch in Holland beschäftigten deutschen und übrigen Arbeitskräfte des Landes zu verweisen. Dabei wird vielfach gar nicht darauf Rücksicht genommen, ob der Termin für die seinerzeit erteilte Ausfahrlaubnis abgelaufen ist oder nicht.

Hand in Hand mit den Bestrebungen der privaten Betriebe, das beschäftigte Personal stark zu reduzieren, gehen gleichlaufende Maßnahmen der Behörden. Einem Teil der Beamten ist die Entlassung angekündigt, während die übrigen sich mit einem 10prozentigen Lohnabbau zufrieden geben müssen. Daß im Verfolg dieser Maßnahmen auch an den verschiedenen sozialen und kulturellen Einrichtungen starke finanzielle Abstriche versucht und durchgeführt werden, ist nur verständlich. Ueberhaupt steht das gegenwärtige Ministerium Colyn alles Heil in einer radikalen Spartakritik, um dann mit dem ersparten Gelde und unter dem Stern eines günstiger scheinenden Staatshaushalts eine neue Flottenvorlage einzubringen und in der Kammer durchzuführen. Dieses neue Flottengesetz ist bereits im Oktober in der Kammer eingebracht worden, erfuhr aber damals eine Ablehnung. Jetzt wird ein zweiter Versuch unternommen, dem die Sozialdemokratische Partei ebenso ablehnend gegenübersteht. Auch in diesen Tagen beruft sie wieder große Protestversammlungen gegen die reaktionäre, rüstungsfreundliche Politik des Ministeriums Colyn ein.

Den Grad der Wirtschaftskämpfe in Holland beweist ein großer, nun schon seit Wochen anhaltender Streik in den Zentren der holländischen Textilindustrie in Almelo und Deventer. Hier verhalten die Textilherren u. a. die Wochenlöhne bis auf zwölf Gulden herunterzudrücken. Man möchte fast sagen, daß sich die Arbeiterhaft leidenschaftlich gegen dieses Ansehen wehrt. Durch umfassende Sammlungen der Organisationen, die in dem augenblicklichen Kampf im Textilgewerbe auch Bestrebungen auf eine systematische Verlängerung der Arbeitszeit sehen, ist die Position

der im Abwehrkampf stehenden Klassengenossen vorläufig noch gestärkt.

Jedenfalls ist es nicht verwunderlich, wenn unter den gekennzeichneten Umständen der Zustrom der deutschen Arbeitskräfte nicht nur nachgelassen hat, sondern sogar einer rückläufigen Bewegung Platz macht. Die Zeiten, wo ein deutsches Dienstmädchen sich in Holland in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Aussteuer ersparen konnte, sind ebenso vorüber wie die günstigen Gelegenheiten für die an der holländischen Grenze wohnenden und aus dem Innern Deutschlands kommenden Wochenarbeiter. Sie verdienen jahrelang in Holland gutes Geld und laufen dafür ihre Lebensbedürfnisse in der Heimat zu billigen Preisen. Gewiß sieht man in bestimmten holländischen Kreisen auch jetzt noch nicht ganz ungerne deutsches Personal für Hausarbeiten. Das ist aber nicht auf irgendwelche besonderen Sympathien für deutsche Kräfte zurückzuführen, sondern erklärt sich aus der Absicht, deutsche Hauskräfte als Lohnrücker gegenüber den einheimischen Kräften auszunutzen. Heute bietet man z. B. einem deutschen Dienstmädchen 10 bis 15 Gulden bei einem Monatslohn von 20 bis 25 Gulden im Vorjahre und der Bezahlung von einheimischem Personal mit etwa 40 Gulden monatlich.

Trotz des ungünstigen Standes der Verhältnisse in Holland ist die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Schichten in Deutschland immer noch wesentlich unglücklicher. Daraus ergibt sich, daß in Holland für einzelne deutsche Waren bei dem elenden Verdienst der deutschen Arbeiter und der in Deutschland fast allgemein durchgeführten zehnstündigen Arbeitszeit noch eine große Nachfrage besteht. Deutsche Vertreter der verschiedenen Branchen machen daher in Holland auch heute noch gute Geschäfte. Das geschieht insbesondere mit Dreifachen, elektrotechnischen Artikeln, Rüstinstrumenten, Farben und Lacke, die in Holland besonders begehrt sind. Dagegen werden landwirtschaftliche Produkte kaum noch aus Deutschland bezogen. Es ist im Gegenteil infolgedessen ein gewisser Umschwung eingetreten, als jetzt in Anbetracht der festen deutschen Währung bereits wieder große Mengen Eier, Butter, Geflügel und viele Schweine nach Deutschland ausgeführt werden, während in den Vormonaten das umgekehrte Verhältnis zu verzeichnen war. Das erklärt sich vor allem daraus, daß die landwirtschaftlichen Produkte in Holland wesentlich billiger sind als in Deutschland. Auf Industrieprodukte trifft das nicht zu und es ist deshalb leicht erklärlich, daß für sie nach wie vor Bedarf besteht.

Die Reichspost als selbständiges Unternehmen.

SPD. Die Neuordnung der Deutschen Reichspost, wie sie das Reichspostfinanzgesetz vorsieht, macht den Post- und Telegraphenbetrieb zu einem selbständigen Unternehmen mit eigenem Vermögen, das vom Vermögen des Reiches vollständig losgelöst ist. An der Spitze des Unternehmens steht der vom Reichspräsidenten ernannte Reichspostminister, der dem Reichstag dafür verantwortlich ist, daß die deutsche Reichspost den Gesetzen gemäß und entsprechend den Anforderungen der deutschen Wirtschaft verwaltet wird. Dem Reichstag und dem Reichsrat ist jedes Jahr der Geschäftsbericht vorzulegen. In seinen Verordnungen ist der Reichspostminister an den Verwaltungsrat gebunden, der aus 17 Mitgliedern besteht, die vom Reichspräsidenten ernannt werden. Je vier Mitglieder werden vom Reichstag und vom Reichsrat, ein Mitglied vom Reichsfinanzminister und 8 Mitglieder vom Reichspostminister vorgeschlagen. Die Beamten der Deutschen Reichspost bleiben Reichsbeamte und behalten ihre wohnortswahrenden Rechte.

Die Eingliederung des bayerischen Reichspostgebietes wird nach der von Bayern bereits erfolgten Zustimmung in folgender Weise vorgenommen: Bayern erhält (ebenso wie Württemberg) an dem Vermögen der Reichspost ein Miteigentumsrecht, das 80 Proz. des in Bayern befindlichen Vermögens der Reichspost beträgt. Für das bayerische Gebiet wird ein eigener Staatssekretär bestellt, der vom Reichspräsidenten im Einverständnis mit der bayerischen Regierung ernannt wird. In derselben Weise erfolgt auch die Ernennung der Präsidenten der Oberpostdirektion in Bayern. Der Staatssekretär leitet die Reichspost in Bayern durchaus selbständig als Vertreter des Reichspostministers und trifft vorbehaltlich der Entscheidung des Verwaltungsrats alle erforderlichen Bestimmungen nach Maßgabe des Reichspostfinanzgesetzes; auch die Personalverwaltung untersteht ihm. Dieser Staatssekretär und wenigstens drei Viertel der Mitglieder und Beamten der bayerischen Verwaltungsabteilung sollen die bayerische Staatsangehörigkeit durch Abstammung besitzen oder durch langjährige Aufenthalt in Bayern mit den bayerischen Verhältnissen genau vertraut sein. Die bayerische Verwaltung hat für den innerbayerischen Verkehr allein Zuständigkeit. Finanzielle Ueberschüsse werden vom Verwaltungsrat an die Miteigentümer verteilt.

Der amerikanische Petroleum-Standal.

Von Zeit zu Zeit wird die Öffentlichkeit in Amerika durch eine besonders anrüchige Bestechungsangelegenheit daran erinnert, daß auch in ihrem Lande, das sie so gern als die schönste Verkörperung republikanischer Ordnung und Reinheit ausgeben, Abzweckliches vorkommen kann und vorkommt. Ein Skandal, der in vielen Einzelheiten an die Angelegenheit der Indianerländerereien, in die auch der Bruder des damaligen Präsidenten Laft verwickelt war, erinnert, hält gegenwärtig nicht nur die Politiker, sondern auch weite Bevölkerungskreise in Atem. Eine der hervorragendsten amerikanischen Persönlichkeiten, der frühere Senator Albert B. Fall, der später Minister des Innern wurde, steht im Mittelpunkt dieser Affäre. Fall hat sich als Senator durch seine an Gefährlichkeit streifende Feindseligkeit gegen Mexiko, Land und Leute, bemerkbar gemacht; dabei ist er Großgrundbesitzer in dem Unionstaate Neu-Mexiko, hat eine riesige „Ranch“, Viehweiden und Ländereien, die sich über Meilen erstrecken. Als Minister des Innern soll er nun als Entgelt für ein angelegliches Darlehen — es wird behauptet, es sei ein verkapptes Geschenk gewesen — von 100 000 Dollar einer Gruppe, an deren Spitze Harry Sinclair und Edward Doherty stehen, Petroleum-Länderereien, die Eigentümern der Flottenverwaltung und in Wyoming und Kalifornien gelegen sind, zu einem Preise verkauft haben, der dem wirklichen Werte dieser Länderereien nicht entfernt gleichkommt. Eine Senats-Untersuchung dieser Angelegenheit, die schon seit einigen Tagen im Gange ist, hat bisher so viel Anlaubereres ans Tageslicht gebracht, daß Präsident Coolidge sich veranlaßt gesehen hat, vorgestern spät nach Mitternacht eine öffentliche Erklärung zu erlassen, in der es heißt, daß die Untersuchung ohne Ansehen der Persönlichkeit durchgeführt und daß, falls die Verleumdungs-Transaktion auf gezielte Weise erfolgt sei, der in Frage kommende Verbrecher bestraft werden müsse. Die bisherigen Ver-

höre des Senatsauschusses haben ergeben, daß das erwähnte Darlehen an Fall durch den Eigentümer der Zeitung „Washington Post“, Edward McLean, vermittelt worden ist; selbstverständlich bestreiten er und die Darlehensgeber auf das entschiedenste, daß das Darlehen irgend etwas mit dem Anlauf der Petroleumländerereien (sic führen den Namen „Teapot Dome“, das heißt Teetopf-Dom) zu tun gehabt habe. Bei dem Verkauf der erwähnten Gebiete hatte sich der Minister Fall auf Dokumente bezogen, aus denen hervorgeht, daß diese früher englischen Bürgern gehörenden Felder schon 1884 an Amerika freigegeben worden seien; im März 1923 mußte indessen der Staatssekretär Hughes zugeben, daß die Dokumente gefälscht seien.

Der amerikanische Senat hat nunmehr mit 48 gegen 38 Stimmen beschlossen, die Dekonzessionen der Sinclair-Gruppe aufzuheben, da sie unter Umständen zustande gekommen seien, die auf argen Betrügereien und Korruption schließen lassen. Der Präsident hat den ehemaligen Staatsanwalt im Kabinett Wilson, Gregory, und einen berühmten Anwalt aus Chicago, Starn, beauftragt, die Vorgänge bei der Gewährung der Konzessionen zu prüfen. Da der ehemalige Minister des Innern Fall, der beschuldigt wird, Schmiergelder von der Sinclair-Gruppe angenommen zu haben, sich krank stellt, hat die amerikanische Regierung seine Untersuchung durch vier Verjete beauftragt, um festzustellen, ob er wirklich vollständig vernehmungsunfähig ist.

Der französische sozialistische Parteitag.

SPD. Paris, 31. Januar. (Eig. Drahtber.) Der am Mittwoch auf dem sozialistischen Parteitag in Marseille eröffnete Reichstagsbericht des Aktionskomitees hebt die erfreulichen Fortschritte hervor, die die Partei im abgelaufenen Jahre gemacht hat. Bei der auf dem Kongreß von Tours erfolgten Trennung hat die Partei einen Zuwachs von 57 000 Mitgliedern zu verzeichnen gehabt, während bei den Kommunisten die Zahl der eingeschriebenen Anhänger von 130 000 auf etwa 30 000 zurückgegangen ist. Bei den letzten Kantonalwahlen hat die sozialistische Partei zwei Drittel aller Arbeiterstimmen auf sich vereint, während die Kommunisten nur ein Drittel erhalten haben.

Zu einer lebhaften Diskussion führte die Frage des Zusammenschlusses mit der sozialistisch-kommunistischen Vereinigung, der Minderheit, die sich von der kommunistischen Partei getrennt hat, und der selbständigen Gruppe der „französischen Sozialisten“. Grumbach schlug vor, diese Frage zurückzustellen bis nach den Neuwahlen, da die Partei sonst den Eindruck erwecke, als ob sie lediglich auf Stimmenfang ausginge. Er sprach sich außerdem gegen die von den französischen Sozialisten verlangte Einziehung

Bruno Riep, Elektrische Anlagen

Fernsprecher 8844, Mühlenstraße 69.
Reparaturen sofort. (11456)

Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	1. Februar	31. Januar.
	(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl. 1571 063	1666 075
Buenos Aires	1 Peso 1376 550	1866 575
Büffel (Antwerpen)	1 Fr. 173 565	172 568
Kristiania	1 Kr. 568 575	568 575
Kopenhagen	1 Kr. 682 290	678 300
Stockholm	1 Kr. 1101 240	1100 243
Helsingfors	1 Finn. Mk. 104 288	104 288
Rom	1 Lire 183 291	183 041
London	1 £ 18 (54 750	17 955 000
Newyork	1 Dollar 4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs. 197 256	194 263
Zürich	1 Frs. 728 175	726 180
Madrid	1 Peseta 530 670	530 670
Portugal	1 Escudo 128 677	128 677
Japan	1 Yen 1 865 325	1 865 325
Rio de Janeiro	1 Mfreis 483 850	458 850
Wien	1 Kr. 59 851	59 851
Prag	1 Kr. 121 044	120 697
Jugoslawien	1 Dinar 48 777	47 777
Budapest	1 Kr. 144 888	144 888
Bulgarien	1 Lewa 29 925	29 925

eines Komitees zur Vorbereitung des Zusammenschlusses aus. Longuet vertrat die Ansicht, daß man zwischen der sozialistisch-kommunistischen Vereinigung und der Gruppe der französischen Sozialisten unterscheiden müsse. Die Letzteren befolgten andere internationale Ziele als die vereinigten Sozialisten. Dagegen sei mit der sozialistisch-kommunistischen Vereinigung eine rasche Verständigung möglich, und es handelt sich nur noch darum, die richtige Taktik des Vorgehens zu finden. Renaudel ist ebenfalls prinzipiell für die Vereinigung, tritt aber dem Antrage Grumbachs bei, die Frage bis nach den Neuwahlen zurückzustellen. Ein dahin gehender Antrag Renaudels wurde nahezu einstimmig angenommen.

Die Budgetreform in England.

London, 31. Januar. (Eig. Drahtber.)

Das öffentliche Interesse in England konzentriert sich nunmehr vornehmlich auf die Budgetreform, die Philip Snowden, der neue sozialistische Schatzkanzler vorbereitet und in der er an verschiedenen Ausgaben des Staatshaushaltes wesentliche Abstriche zu machen gedenkt. Wie verlautet, spielt in dem neuen Reformplan Snowdens eine variable Besteuerung eine große Rolle, die einen Unterschied zwischen kleinen und höheren Einkommen macht. Snowden will einen großen Teil der bestehenden Steuerlasten durch ein gerechtes Ausgleichssystem auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen verteilen und insbesondere die Minderbemittelten entlasten. Außerdem plant er verschiedene für den täglichen Unterhalt der englischen Bevölkerung überaus wesentliche Zollherabsetzungen.

England und Rußland.

London, 31. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Regierung Macdonald unterzieht sich allen erdenklichen Anstrengungen, um die de-jure-Anerkennung Sowjetrußlands nach vor dem Wiederzusammentritt des englischen Parlaments am 12. Februar zur vollzogenen Tatsache zu machen. Macdonald selbst wenigstens hofft, diese Maßnahme bis dahin durchgeführt zu haben oder aber wenige Tage nach Zusammentritt des Parlaments vollziehen zu können. Dabei soll diese Anerkennung Sowjetrußlands durchaus nicht, wie es die oppositionelle Presse darzustellen beliebt, ein „Shade hands“ mit der Sowjetmacht bedeuten, sondern rein realpolitisch die Möglichkeit und die Handhabe dazu bieten, mit der Sowjetregierung über verschiedene bedeutsame Fragen, wie die der Kriegsschulden und der künftigen Handelskredite, in Verhandlungen einzutreten. In seinen Absichten wird Macdonald von Tag zu Tag mehr unterstützt auch von einflussreichen englischen Finanz- und Handelskreisen, die in einer künftigen Zusammenarbeit zwischen der englischen und russischen Wirtschaft große Vorteile für Englands erholungsbedürftigen Außenhandel erblicken.

Kleine politische Nachrichten.

Landfriedensbruchprozess. In dem Prozess wegen Landfriedensbruchs in den Bingwerken in Nürnberg wurden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von ein bis zwölf Monaten verurteilt.

Der bayrische Landtag nahm das im Ausschuss beschlossene Landswahlgesetz einstimmig an und dabei auch den Eventualantrag der Bayerischen Volkspartei, der eine Verringerung der Mandatsziffer im neu zu wählenden Landtag von 158 auf 139 Abgeordnete vorsieht.

Ein aufgehobenes Verbot. Die Königsberger Volkszeitung wurde wegen Abdrucks eines Artikels „Mit der Verfassung abgeschafft?“ verboten. Jetzt hat der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik sich auf Beschwerde mit dem Verbot beschäftigt und es, wie nicht anders zu erwarten war, glatt aufgehoben, es also für absolut rechtsmäßig erklärt.

Hungertod in Rußland. Nach den Angaben des offiziellen Organs der Sowjetregierung starben in der Krim an Hunger 96 000 Personen, das ist 13,3 Proz. der Bevölkerung. Die Zahl der Bauernwirtschaften hat sich um 9603, das ist 12,8 Proz. verringert. 70 Proz. der Kinder in den Asylen leiden an Skorbut. Die Regierung hat für die von der Mücke betroffenen Drischkaffen 375 Goldrubel angewiesen.

Unruhe in Moskau. Nach in Kowno eingetroffenen Nachrichten herrscht in Moskau nach Lenins Tode eine sehr erregte Stimmung. Lastautos mit Bewaffneten durchziehen die Stadt. Mitglieder der neuen Bourgeoisie wurden in Restaurants überfallen und beraubt. Der Rat der Volkskommissare hat strenge Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen.

(11456)

Sämtliche BRENNSTOFFE

Billigst
bei
B LUNCK G. M. B. H.

HERMANN
MÜHLENSTRASSE 34
FERNSPRECHER 8670 u. 8378 LAGER: GENINERSTRASSE

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer, für Interzarte Heinrich Steinberg, Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 55 Pf. zur freien Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

Großer Räumungs-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Außerdem 10 Prozent Rabatt.

Kaufhaus Franz Wehrendt, Balauerföhr 35.

Geschäfts-Übernahme.

Habe mit dem heutigen Tage die Filiale der
Lübecker Margarine-Zentrale
Holstenstr. 6 pt. hinten

auf eigene Rechnung übernommen. (11827)
Es wird mein Bestreben sein, nur la Ware zu billigsten
Tagespreisen abzugeben. **Alfred Müller.**

Preisliste:

Margarine 7 50, 60, 70, 80 A	Schmalzfabrikat m. Gem. 7 0.75 M	Speck 7 0.85 u. 1.40 M
Bauern-Butter 7 1.90 M	Blaisenschmalz 7 0.85 M	Kunsthonig Bafet 0.43 M
Kofosfett Tafel 0.60 M	amerik. Schmalz 7 0.78 M	la Wurst u. Käse in allen Preislagen

Verkauft nur Holstenstr. 6 pt. hinten.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch gebe ich meinem geehrten Publikum Lübecks
bekannt, daß ich am 1. Februar d. Js. in dem ehemaligen Ge-
schäftshause des Herrn Schlachtermeisters Klein

Pfaffenstraße Nr. 14.

ein
Geschäft feiner Delikatessenwaren
unter dem Namen

Delikatessenhaus
„Mansa“

eröffnet habe.

Da meine Frau bisher langjährige Filialeiterin des Butter-
hauses „Roland“, Hürstraße 73 war, kann ich durchaus fach-
männische Bedienung von nur prima Qualitätswaren zu billigst
berechneten Preisen zusichern.

Ich bitte, mein junges Unternehmen durch gütigen Zuspruch
unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Rudolph Crull.

11808)

Anlässlich der Eröffnung 1 Paar Würstchen gratis!

Am Samstag, dem
2. Februar ist mein Lokal
von 6 Uhr abends ab dem
Theater-Berein „Dane
Sachs“ überlassen.
Küdnitz. (11847)
W. Diedelmann.

Doppelkimmel
Fische 1.80.
Tafel-Aquavit
Fische 2.—.
f. Weinbrand V.
Fische 2.20.
f. Jamaica-Rum V.
40 Br. Al. 2.50.
Feiner Weinbrand
Fische 3.20.
Schwedenpunsch
Fische 3.20.
Schwedenpunsch
halbe Fische 1.60.
Rum-Güß-Punsch
Fische 0.90.
Rhein-, Rot- und
Südweine

Edelliföre

große Auswahl zu
billigsten Preisen.

Bitte Schnaufenster
zu beachten!

Ernst Voss
Ferarui 410.
Gr. Burastraße 59.
(11348)

H. Schultz
Uhrmacher
Johann-
nistr. 20
Alle Waren a. Zeitzahl.

Fette, gesunde
Schweine
erzelt man durch

SOWA

Erhöht die Kraft, ver-
hindert Knochenweiche.
Unentbehrlich für Ferkel
und Maittschweine.
Sowa, Hühnern gefüttert
erhöht bedeutend den
Eierertrag. (11888)

In Lübeck:
E. Hahn, Adler-Drogerie
F. Kayser, Drogerie
J. Voigt, Germ.-Drogerie
St. Jürgen-Drogerie,
Gürtelort-Allee.
In Schlutup:
Kreuz-Drog. H. Thielbar.
In Schwartau:
Hans Grampp, Drogerie.

Frauen-Haar
taut u. zahlt hohe Preise.
E. Mittelstädt, Friseur,
N. 3716, Adlerstr. (11804)

Schweineschmalz
Pfd. 75 A
Blaisenschmalz
Pfd. 80 A
Bratenschmalz
Pfd. 60 A

Balmir . . . 7 65 A
Fetter Speck . . . 7 80 A
Guter Käse . . . 7 60 A
Margarine . . . 7 50 A
la. Kunsthonig
von Häuer & Co. 7 60 A
Kunsthonig . . . 7 50 A
Marmelade . . . 7 60 A
Syrup . . . 7 40 A
Süße Apfelsinen
20 Stück 100 A
Zitronen 12 Stück 50 A
Friedrich Trosiener,
11839) Mühlenstr. 87.

Heute Antritt meines
Pa. Rauchfleisch
Robert Dose,
Koschlacherei
Gnadestraße 62,
Egelsgrube 58.

Uhrenreparaturen
50% Ersparnis.
Saub. Arbeit, 1 Jahr
schriftliche Garantie.
Hermann Voll, Uhrmach.,
Wakenitzmanner 3a,
6. Burator. (11801)

Simerbier.
Freitag von 4-6 Uhr.
(1825) Brauerei Stamer

Regelklub „Laß sie laufen“
Gr. Ballfest
am Sonntag, 3. Februar, im **Konzerthaus „Flora“**
Eintritt für Herrn **1.00** Mk. Eintritt für Damen **50** Pfg.
Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. (11818) Anfang 6 Uhr.
Sebermann herzlich willkommen! **DER VORSTAND.**

Schlußtage
unseres (11839)
Inventur-Ausverkaufs
Donnerstag - Freitag - Sonnabend
zu enorm herabgesetzten Preisen.
Streisatin, 140 cm . . . nur **2.65** M.
Stahlstuch, 140 cm . . . nur **1.65** M.
Züchen, 140 cm . . . nur **1.95** M.
Satin-Augusta . . . nur **1.75** M.
Renforce, 80 cm 68 A, 130 cm **1.70** M.
Reform-Hosen, blau . . **4.50** M.
Taschentücher . . . 32, 25, **16** A
Strümpfe 85, 65, **25** A
Geschirrtücher, rot kariert **55** A
Untertailen **95** A
Tändelschürzen sonst 2.50, jetzt **1** M.
Auf alle regulären Waren **10% Rabatt.**
Unger & v. Deesen
Lübeck, Sandstraße 25 I

Pa. Dän. Blasenschmalz 1 P 80 A
Amerik. Schmalz Pure Lard . 75 A
Allerf. Meiereibutter 2.10 M.
Ger. Speck, fett u. durchwachsen 90 A
Dän. Vollmilch 1 Dose 50 A
W. BECKMANN
Beckergrube 33. 11857

Wir sind billig!
Elegante Damenkonfektion:
Wintermäntel, leicht 5.75, 12.50.
Kindermäntel 4.—, 6.50. Elegante
Jumper 6.75, Strickjacken 15.—
Kleiderröcke 3.75, Blusen etc.
Elegante Herrengarderoben:
Starke Hosen, feldgrau 7.95. Buffkin-
5.90, Pilots, 5.95, 6.80, Manchester-
hosen 6.95, 7.90. Anzüge 32.— u.
offener, Paletots 38.— u. besser,
Wäster, Konfirmationsanzüge, Lo-
denjoppen, Knabenanzüge, Gummi-
mäntel, leicht, 23.80, Hute, Mützen,
Unterzeug, warm. Wäsche usw.

Starke Schuhwaren:
Herrenstiefel 12.50, 17.50, 19.50. Da-
menstiefel 9.45 u. besser, Kinder-
stiefel alle Größen, Arbeitsstiefel
10.50, Schaftstiefel, Filzschuhe, Pan-
toffel, Holzpantoffel usw. (11859)
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Bereins u. Vergnügungs-Anzeigen

Café „Astoria“
Freitag, 1. Februar
Gr. Bockbierfest
Spezialität: (11818)
Eisbein, Sauerkraut, Erbsenpüree.
Weinstube: Kaltes Buffet.

Küdnitz
Öffentliche Wählerversammlung
Freitag, den 1. Februar 1924, abends 6 1/2 Uhr
im Lokal des Herrn Dieckelmann.
Tagesordnung: (11837)
Die Bürgerschaftswahl
Redner: Dr. Leber, Lübeck.
Jeder politischen Partei eine halbe Stunde Redezeit.
Zahlreiches Erscheinen erwartet der
sozialdemokratische Wahlausschuß Küdnitz.

Arbeiter-Radfahrerverein
„FRISCHAUF“
Molsling.
Am Sonntag, 3. Februar,
im Kaffeehaus Molsling
Gr. Maskenball.
„Prinz Karneval“ zu Pferde.
Anfang 6 Uhr. Maskenaug 7 1/2 Uhr.
Das Festkomitee. (11812)

Promenaden-Café
Morgen Freitag
III. Großes humoristisches
Bockbierfest
Beginn 7 1/2 Uhr (11809)

Café „Zillerthal“
Hinter St. Petri 6 (direkt am Markt)
Heute: Abschiedsabend
der so beliebten Hauskapelle.
Eintritt frei! Eintritt frei!
Hierzu ladet freundl. ein (20888)
Otto Manthey.
NB. Ab morgen: Neue Kapelle.

Luisenlust.
Jeden
Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.**
Sonnabend, 9. Februar: **Großer Maskenball.**

Hania-Theater.
Heute Donnerstag,
7 1/2 Uhr: (11846)
Gastspiel Ludwig Ziegler
und Gertrud Seewalt-
Schultze.
Zum letzten Male:
Die Bathysnacht
Freitag, 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
in dieser Spielzeit
Die Bajadere.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:
Stimmungs-
Konzerte.
Stadttheater Lübeck.
Freitag, 7.30 Uhr:
Im Klubsaal.
Sonnabend, 7.30 Uhr:
Jar u. Zimmermann.
Gastspiel (11815)
Rich. v. Schenck.
Zahlung d. Ab.-Gelder,
auch für die Sinfonie-
Konzerte nachm. von
3 bis 6 Uhr an der
Theaterkasse. (11816)

Zur Mühle
Bedergrube 61
ca. 2000 Zentner
la. Niederl. Briketts
geben wir nicht **umsonst,** (11810)
jedoch zu Sonderpreisen von
Mk. 1,70 ab Lager **Mk. 1,80** frei Haus
am **Freitag** und **Sonnabend** ab.
Paul Roggenkamp
Fernruf: 8602, 8550, 662
Charlottenstr. 29 Mühlenstr. 26

Pa. Rauchfleisch
Robert Dose,
Koschlacherei
Gnadestraße 62,
Egelsgrube 58.